



Klima & Umwelt

Über 40 Jahre lang hat die Politik die Warnungen der Wissenschaft ignoriert. Man hat die Ozeane versauert, die Atmosphäre verstopft und Gletscher zum Schmelzen gebracht. Dies ist ein politisches Versagen in historischem Ausmaß. Die ökologische Zerstörung wurde erst möglich gemacht, indem man Warnungen ignoriert und die Wissenschaft degradiert hat.

Statement: CO₂-Emissionen müssen schnell und effektiv reduziert werden, um den Klimawandel aufzuhalten.

Forderung: Einführung der Kohlenstoff-Ressourcenwährung ECO (Earth Carbon Obligation), um CO₂-Emissionen lückenlos zu erfassen, transparent abzubilden und gerecht abzurechnen. Alles erhält ein separates Emissions-Preisschild in dieser Parallelwährung. Bezahlt wird mit dem persönlichen CO₂-Budget, das allen Bürger*innen monatlich und kostenlos in gleicher Höhe als ökologisches Grundeinkommen zur Verfügung steht.

Statement: Das **Betäuben und Töten von Nutztieren** muss tierwohlgerecht durchgeführt werden. Es gibt ethisch vertretbare Alternativen.

Forderung: Wir fordern den Gesetzgeber auf die Betäubung mittels CO₂ durch Helium zu ersetzen, um dem Tier den Stress und die Erstickungsqualen zu nehmen, sowie die hohen bürokratischen Hürden bzw. Anforderungen für Weideschuss Tötung zu überarbeiten, um den Zugang zu dieser Methode zu erleichtern.

Statement: Um die Energiewende zeitnah umzusetzen, benötigt es nicht nur einen schnellen **Ausbau der Netze**, sondern auch **intelligenter Netze**.

Forderung: Ausbau von Smart-Grid um die zeitliche Schwankung der Verfügbarkeit grüner Energie zu managen.

Fracking

Die eingesetzten Chemikalien beim Fracking sind teils toxisch und kontaminieren Landflächen und Grundwasser. Sie sind gleichermaßen schädigend für Mensch und Umwelt. Die Bundesregierung wird bis zum 31.12.2021 entscheiden, ob das seit 2017 bestehende Fracking Verbot aufgehoben wird.

Daher fordern wir:

- Fracking in Deutschland verbieten
- Fracking Gas Import stoppen
- Ausbau von Flüssigerdgas (LNG)Terminals stoppen
- Abkehr von der Massenproduktion zur Reduzierung von CO₂
- Massiver Ausbau der erneuerbaren Energien zur Gewährleistung der Energieversorgung

Solarfolie

Die Alternative zu Solarpanels: die Solarfolie von Heliatek und ASCA die aus organischen Stoffen (Oligomeren) hergestellt wird und vollkommen ohne Lithium / Silizium auskommt. Die Folie ist leicht und flexibel und kann auf nahezu jedem Untergrund angebracht werden. Zudem kann die Folie zu 100% recycelt werden.

Grüner Wasserstoff

Die Produktion von grünem Wasserstoff steigt aktuell zu langsam an. Immerhin hat die Motorenfabrik Deutz einen Wasserstoffmotor vorgestellt, der ohne Brennstoffzelle auskommt. Der Sechszylinder verbrennt Wasserstoff. Anstatt Abgase entsteht Wasserdampf!

Wir fordern daher:

- mehr Innovation für die Wasserstofftechnologie
- alternative Treibstoffe aus Wasserstoff stärker fördern

Photovoltaik

Stand Juni 2021 wurden 51 TWh (Terrawattstunden) von Photovoltaikanlagen zur Stromgesamtproduktion in Deutschland von 488 TWh im Jahr beigesteuert, was ca. 140 GWh (Gigawattstunden) pro Tag entspricht. Von Jan. bis Mai (einschl.) wurden 2,484 Gigawatt Solarenergie zugebaut bei ca. 1200 € pro kW. Die CO₂ Emissionen pro Herstellung des reinen polykristallinen Siliziums aus Quarzsand (und des verwendeten Glases auf den Paneelen) betragen höchstens 6,5 kg pro Panel (bzw. 250W). Bei einer 6kWp(=Peak) Anlage entspricht das etwa 250 kg an Co₂-Emissionen, also dem, was ein Auto derzeit etwa auf 1000 km an CO₂ ausstößt.

E-Autos

E-Autos haben einen Schwachpunkt: die Akkus. Die bisher effizientesten sind die Lithium Ionen Batterien, die aber viele sehr wertvolle und nur unter stark umwelt-belastenden Bedingungen abzubauenen Rohstoffe enthalten. Speziell die Gewinnung von Lithium aus Salzseen in sehr trockenen und kargen Regionen der Welt (z.B. Chiles Wüsten) verbraucht große Mengen Wasser, was den dort lebenden Menschen für ihr Überleben dann fehlt. Pumpen befördern Grundwasser in künstliche Becken, das Wasser verdunstet, ein Lithiumkonzentrat bleibt übrig. Doch die Folgen sind dramatisch: Der Grundwasserspiegel sinkt ab, Flussläufe trocknen aus, und auf früheren Ackerflächen gedeiht gar nichts mehr. Aus diesem Grund kann es keine Alternative sein, herkömmliche Verbrenner durch E-Autos zu ersetzen und ansonsten die gleiche individuelle Mobilitätspraxis zu behaupten

Wir fordern:

- Die Forschung und Umsetzung Erneuerbare Energien stärker voranzutreiben
- E-Autos müssen mit kleineren Batterien und alternativen zu Lithium ausgestattet werden

Lebensmittelverschwendung / Foodsharing

Dazu erst einmal ein paar Fakten:

- 842 Millionen Menschen leiden täglich an Hunger. Das ist weltweit jeder achte Mensch.
- Von den 4 Milliarden Tonnen Lebensmitteln, die weltweit jedes Jahr produziert werden, werden über 1,3 Milliarden Tonnen verschwendet.
- Mehr als ein Fünftel der weltweiten Treibhausgase könnte vermieden werden, wenn die Lebensmittelverschwendung global um 80% reduziert wird.

Für Deutschland heißt das, ein Drittel aller Lebensmittel wird verschwendet.

Dabei geht es nicht nur um die weggeworfenen Lebensmittel, sondern auch um die verschwendeten Ressourcen.

Die Verschwendung findet also überall statt:

Beim Anbau, Ernte, Weiterverarbeitung, Verkauf und vor allem beim Endverbraucher. Neben dem aktiven "Lebensmittelretten" verstehen wir uns auch als eine bildungspolitische Bewegung, die sich den nachhaltigen Umwelt- und Konsumzielen der Vereinten Nationen verpflichtet fühlt. Wir haben dazu einige Forderungen aufgesetzt:

1. **nationale Strategie** der Bundesregierung, um die Lebensmittelverschwendung vom Acker bis zum Teller wirksam bis 2030 zu halbieren.
2. eine klare Definition sowie eine **Erfassungs- und Dokumentationspflicht** von Lebensmittelverlusten. Für Forschung und zum Monitoring müssen die Daten **transparent** zur Verfügung stehen.
3. Wegwerfen darf sich nicht mehr lohnen! **Wegwerfstopp**: Die Regierung muss Supermärkte gesetzlich verpflichten, genießbare, aber unverkaufte Ware zuerst an soziale Organisationen zu spenden, bevor sie entsorgt werden.
4. Rechtssicherheit und Klarstellungen für alle Tätigkeiten der **Lebensmittelretter*innen** und Foodsharer*innen. foodsharing und unsere Fair-Teiler dürfen von Ämtern und Behörden nicht wie ein gewerbliches Lebensmittelunternehmen behandelt werden!
5. Schluss mit der Symbolpolitik: Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass **Mindesthaltbarkeits- (MHD) und Verbrauchsdatum** für Verbraucher*innen klar verständlich sind. Dafür sind Änderungen der Daten sowie wirksame Informationen der Verbraucher*innen notwendig.

Bildung & Kultur



Bildung

- Wegfall des Kooperationsverbotes
- Einheitliche Kerncurricula für alle Bundesländer und Fächer, die den Ländern begrenzte Freiräume lassen
- Mehr Stellen für Lehrer*innen und Erzieher*innen mit verbesserter Ausbildung und Ausbildung für Inklusion erheblich verbessern
- Lehrer*innen und Erzieher*innen müssen genügend Zeit für alle Schüler haben
- Das ist nur mit kleineren Die Erzieher*innen betreuen maximal 8 Kinder ab drei Jahren und betreuen maximal 4 Kinder bis drei Jahre
- Elternfreundliche Öffnungszeiten der Kitas
- Deutschland braucht 100000 Lehrkräfte und 200000 Erzieher*innenstellen mehr.
- Schulen sanieren und pflegen
- Schulen brauchen Pandemievorsorge durch Partikelfilter sowie Glasfasernetze überall, ein Laptop für alle Schüler*innen und Software für Heimunterricht
- Schulen brauchen hygienisch einwandfreie Toiletten
- Schulen brauchen keinen Schimmel an Wänden
- Schulen brauchen tägliche Reinigung
- Schulen brauchen gefahrlose Treppen
- Nachhilfe in den Hauptfächern für alle Schulen verpflichtend im Ganztagsangebot
- Kostenloses Schulessen
- Abschaffung des Elterngelds und soll für jedes Kind zum Schuljahresbeginn ein einmaliger Zuschlag zum Kindergeld für Schulmaterial in Höhe von 30€ und 50 € ab Klasse 7 gezahlt werden
- Keine Rückzahlung von Bafög

Kultur

- Kultur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- Die prekären Bedingungen, unter denen Kultur häufig stattfindet, dass jede Krise zur Existenzbedrohung wird, müssen verändert werden.
- Die Befristung von Verträgen muss so weit wie möglich abgeschafft werden. Die Vergütung bei den bisher gering vergüteten Arbeitsverhältnissen muss erheblich erhöht werden, so dass eine Rücklagenbildung für Künstler möglich wird, ohne dass und der hohe Anteil von Projektförderung reduziert wird.
- Eintritte sind so zu gestalten, dass sie für alle erschwinglich sind.
- Die Privatisierung von Kultureinrichtungen muss gestoppt und rückgängig gemacht werden.

Finanzierung der Forderungen

- Die Realisierung der Forderungen ist mit Kosten verbunden
- Diese sind von denen zu tragen, die es sich leisten können
- Unnötige andere Ausgaben sind zu beenden
- Rüstungsausgaben auf Heimatschutz beschränken
- Vermögende stärker besteuern

Demokratie & Lobbyismus

Hier wurden vier Schwerpunkte in den Fokus genommen

Joachim Elz-Fianda beleuchtete auf der Basis eines sorgfältig recherchierten Faktenmaterials die **"Erosion der Demokratie"** und zeigte auf, wie die Verflechtungen von Geheimdiensten, Internet- und Pharmakonzernen zunehmend zu einer vereinheitlichten Front führen, der gegenüber der einzelne Staatsbürger zum wehrlosen Objekt verkommt. Dem Befund schlossen sich folgende Forderungen an:

- mehr Transparenz im Medienbetrieb: Offenlegung der Verflechtungen in Medienkonzernen und Rundfunkräten
- mehr Sendezeit für Bürgerbewegungen und Basisaktivitäten in den öffentlich-rechtlichen Anstalten
- Medienkompetenz als Bildungsinhalt an den Schulen: Aufklärung über Medien und die Funktionsweise von Medien, kritische Textanalyse,
- keine Umfunktionierung der Landesmedienanstalten zu Zensurorganisationen, bereits erfolgte Schritte rückgängig machen
- keine Finanzierung aus Steuergeldern für solche öffentlichkeitsfernen "Fakten-Checker" wie z.B. das COMPAKT-Netzwerk.

Diese Forderungen sollen durch Veröffentlichung skandalträchtiger Vetternwirtschaft mit Nennung der Beteiligten begründet werden und für entsprechende Empörung sorgen.



Uta Sändig widmete sich unter dem Titel **"Demokratie zwischen Rechts- und Unrechtsstaat"** dem Ost-West-Vergleich und stellte heraus, dass der Erfahrungsvorsprung, den die Ostdeutschen der mittleren und älteren Generationen durch ihr Leben in zwei Gesellschaftssystemen haben, bislang nur unzureichend kommuniziert worden ist. Sie regte an, die Kommunikation über das jeweilige Demokratieverständnis voranzutreiben unter den Aspekten: Erfahrungen und Konzepte von Recht und Freiheit, Profiteure der Demokratie, "deutsche" Mentalität, psychosoziale Disposition für Demokratie und deren Erosion im entfesselten Kapitalismus.

Als Forderungen wurden herausgestellt:

- Umgestaltung (Wechsel?) unseres Gesellschaftssystems zu einer echten Demokratie, mehr direkte Mitbestimmung und basisdemokratische Aktivitäten durchsetzen
- transparente Willensbildungsprozesse ermöglichen
- die Ungleichmacherei per Lohntüte stoppen
- Einführung eines demokratischen Kontrollmechanismus, der reguliert, dass sich die Zusammensetzung der Führungselite an der Stärke der sozialen Klassen/Gruppen orientiert,

- Einleiten eines Wandlungsprozesses in puncto deutsche Mentalität: mehr Mut zum eigenen Urteil, weniger Untertanengeist! Altruismus statt Egoismus! Gemeinschaftssinn statt Individualismus!

Letztlich gilt: Wer die Demokratiebereitschaft der Menschen erhöhen will, muss bereit sein, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern.

Peter Flindt beleuchtete das Phänomen des "**Lobbyismus**" als Instrument der interessen-geleiteten Einflussnahme und ging zunächst von dessen legitimen Ausprägungsformen und Zwecken aus, um sich dann vor allem den gegenwärtigen Gefahren und Pervertierungen des Lobbyismus zu widmen.

Aus dem dargelegten Befund ergeben sich folgende Forderungen:

- Gespräche von Abgeordneten mit Lobbyisten sind aufzuzeichnen und im Internet für jedermann zugänglich zu machen
- zu garantieren ist die Unabhängigkeit der Medien einschließlich einer unabhängigen demokratischen Instanz für Journalismus
- Parteispenden sind stark zu begrenzen
- die Kosten für externe Beraterfirmen müssen gestoppt werden.

Als konkrete Einzelmaßnahmen werden gefordert:

- ein verpflichtendes Lobby- und Berater-Register ohne Untergrenzen und andere Ausnahmen,
- bei Gesetzen die Nennung der am Gesetz beteiligten Interessenverbände und Experten,
- die Anhebung des Strafmaßes und Ausweitung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung.
- das Verbot von Unternehmensspenden an Parteien und Deckelung von Privatspenden,
- strengere Regelungen für Nebentätigkeiten und Tätigkeiten vor und nach der Mandatszeit,
- als neues Instrument: die Einführung eines Entflechtungsrechts für die Kartellbehörden, wie es das
- u.a. bereits in den USA und Großbritannien gibt!

Aussagen der im Bundestag vertretenen Parteien zum Lobbyismus komplettieren den Beitrag.

Joachim Stein beschäftigte sich in seinem Beitrag mit "**Potenzialen des Themas Demokratie für Aufstehen**". Gesehen werden vor allem vielfältige Möglichkeiten, die Sammlungsbewegung als Projekt für die Schaffung von mehr gesellschaftlichem Zusammenhalt zu etablieren, nicht zuletzt um den durch den Neoliberalismus beförderten Individualisierungstendenzen entgegenzuwirken. Gesehen wird auch die Chance, mit Aufstehen einen Ausgleich für die neu entstandene demokratische

Macht-Imbalance durch den Überwachungsstaat zu schaffen und dafür u.a. Formen der basisdemokratischen Selbstorganisation unter Nutzung der Freiheiten des Vereinsrechts zu entfalten. Intern ist das Thema auch nutzbar zu machen, um Formen einer fairen Zusammenarbeit zwischen Aufstehen-Basis und Trägerverein vorzuschlagen, auszuprobieren und konstruktiv zu begleiten. Ob

die Mehrheit von Aufstehen im weiteren Verlauf eher eine grundlegende Reform des gesellschaftlichen Systems anstrebt oder den Systemsturz, ist im offenen Diskurs weiter zu klären.

Wahlforderungen sind bereits jetzt zu den Stichworten Datenbesitz und Datenhoheit möglich. Konkret für dieses Wahljahr wäre es z.B. auch sinnvoll, die Vereinheitlichung von Cookie-Bannern einzufordern. - Auch wenn Aufstehen noch nicht so weit ist, sich zum Thema Demokratie vollumfänglich in den Bundestagswahlkampf schon im Jahr 2021 einbringen zu können, so kann und sollte auch die in diesem letzten Beitrag skizzierte Perspektive möglichst die unterstützenden Signale in Richtung der progressiven Kräfte im Lande verstärken!

Lasst uns nach der Bundestagswahl das Projekt Aufstehen gemeinsam fortsetzen: → #2025 für *aufstehen* ! → Demokratie braucht *aufstehen* !!

Frieden & Abrüstung



Es besteht eine außerordentlich hohe Kriegsgefahr und damit die Gefahr der Auslöschung der Menschheit bzw. der Zivilisation, wie wir sie kennen.

Seit 2002 erfolgte durch die USA die Kündigung und Ablehnung von Kontrollmaßnahmen nach Verletzungsvorwürfen bzw. die Nichtverlängerung der großen Abrüstungs-, Rüstungsbegrenzungs- und friedenssichernden Verträgen:

- ABM-Vertrag (SALT - Verbot Raketenabwehrsysteme) – 2002
- INF-Vertrag (Verbot Mittelstreckenraketen Europa) – 2020
- Open Skies-Vertrag (gegenseitige Gestattung von Luftüberwachungsflügen) – 2020
- START-Vertragssystem (Reduzierung und Begrenzung strategischer Atomwaffenträgersysteme und Sprengköpfe) – Auslauf 2021, glücklicherweise kurzfristig
- durch Präsident Biden wieder verlängert

Die Weltuntergangsuhr, erstellt von hochrangigen Wissenschaftlern weltweit, steht deshalb seit dem Jahre 2020 auf 100 Sekunden vor Weltuntergang, so nah am Untergang wie noch nie seit ihrer Aufstellung im Jahre 1947.

Die weltweiten Rüstungsausgaben beliefen sich 2020 nach SIPRI auf fast 2 Billionen Dollar (= 2.000 Mrd.) . Darunter die USA 778 Milliarden, China 252, Russland 62, Deutschland 50 Milliarden. Auf die europäischen NATO-Staaten entfallen über 300 Milliarden, auf die Nato insgesamt in Summe ca. 2/3 der weltweiten Ausgaben. In Umsetzung des NATO-Zieles 2% BIP für Rüstung und Militär auszugeben, wird der Anteil voraussichtlich weiter steigen, wird Deutschland über 70 Mrd. für Rüstung ausgeben. 2005 waren es dagegen noch 33 Mrd. 2020 bereits 53 Mrd. .

Deutschland hatte im Corona-Jahr 2020 die weltweit höchste Steigerungsrate und belegt zudem beim Rüstungsexport weltweit den 4. Platz. Die Nato-Ausgaben und deren Steigerung werden begründet mit der Aggressivität Russlands und neuerdings Chinas.

Bereits jährlich 40 Mrd. Dollar reichen, um den Hunger auf der Welt zu beseitigen und das Sterben von Millionen Kinder zu verhindern. Nicht nur das, die Gelder könnten auch sinnvollerweise für Klima- und Umweltschutz, Bildung, Gesundheit und Forschung zum Wohle aller Menschen verwendet werden.

Wir erleben eine verantwortungslose, mediale Kriegsvorbereitung durch einseitige und unvollständige Berichterstattung mit Russland- und Chinabashing und offenem Aufruf zu militärischem Handeln in unseren großen deutschen Medien. Transatlantische Konfrontationspolitik statt Verständigungspolitik wurde zur dominierenden gedruckten und gesendeten öffentlichen Meinung.

In den Sprachgebrauch sind beispielsweise Worte wie „Aufrüstung“ für zivile technische Erweiterungen, „Krieg“ für die Bekämpfung eines Virus als Zeichen der Militarisierung des Denkens und damit der Verharmlosung eines tatsächlichen Krieges zur Normalität geworden. Notwendig ist eine Umkehr zum Frieden, Abrüstung, Diplomatie unter gegenseitiger Interessenabwägung statt der Politik der Stärke, der militärischen Eskalation, des Säbelrasselns und wirtschaftlicher Sanktionen. Sicherheit ist neu zu denken, weg vom Muster der Militarisierung der letzten 25 Jahre, wie die Initiative vieler gesellschaftlicher Kräfte „Sicherheit neu denken“ zeigt.

Deshalb erstellen wir nachfolgenden Forderungskatalog der Basis der Sammlungsbewegung Aufstehen für eine Umkehr zum Frieden.

Unser Forderungskatalog für Frieden und Abrüstung

Deutschland steht zukünftig für Frieden, gegen militärische Einsätze und gegen Waffenexporte in Krisengebiete.

- Deutschland setzt auf Grund seiner Vergangenheit auf diplomatische Kompetenz zur Friedenserhaltung und -schaffung unter Wahrung des UN-Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten.
- Es erfolgt keine Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen, überlassen wir Blauhelmeinsätze ausschließlich kleineren bündnisfreien Staaten ohne geostrategische und lokale Interessen, Deutschland leistet uneigennützig verstärkt Hilfe und Unterstützung in Form von THW-Einsätzen zum Wiederaufbau
- Von deutschen Boden erfolgen keine Einsätze oder Unterstützungsleistungen für völkerrechtswidrige Maßnahmen (Ramstein)
- Ausländische Truppenstandorte und Logistikzentren werden geschlossen

- Beitritt zum UN-Vertrag zur Abschaffung und Ächtung von Atomwaffen
- Auf deutschen Boden werden keine Massenvernichtungswaffen stationiert, bestehende Stationierungen werden aufgelöst (Büchel)
- Deutschland kündigt die nukleare Teilhabe
- Deutschland ergreift international Initiative und ächtet den Einsatz von bewaffneten Drohnen und den Einsatz von künstlicher Intelligenz zur Kriegsführung
- Deutschland reduziert jährlich seine Rüstungsausgaben
- Deutschland stoppt seine Rüstungsexporte und erarbeitet ein Programm zur Konversion der Rüstungsindustrie mit dem Schwerpunkt in Umwelttechnik und Entwicklungshilfe
- Austritt aus internationalen Organisationen, die diesen Forderungen widersprechen mit dem Ziel der Auflösung aller Militärorganisationen und Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit.
- Mediale Kriegsvorbereitung und militarisierender Sprachgebrauch wird geächtet analog dem Rassismus. Verhindern wir eine schrittweise Militarisierung unserer Gesellschaft durch eine tatsächlich unabhängige und friedensstiftende Presse als „4.Gewalt“

Diese Forderungen sind zentrale Ziele der Sammlungsbewegung Aufstehen und werden in der Anlage Erläuterungen weiter untersetzt.

Die Sammlungsbewegung Aufstehen arbeitet mit allen Friedensinitiativen zusammen.

Unser Anliegen ist das verstärkte Zusammenwirken dieser Gruppen. Eine Zusammenstellung von Initiativen siehe Anlage Bündnispartner.

WIRTSCHAFT & FINANZEN

Wir leben in einem sehr reichen Land. Die Bundesrepublik Deutschland hat das viertgrößte BIP (Bruttoinlandsprodukt) der Welt nach den USA, der Volksrepublik China und Japan.

Beim Vergleich der Medianeinkommen (dasjenige Einkommen, bei dem genau 50% weniger und 50% mehr verdienen) ergibt sich dann, dass die Bundesrepublik Deutschland mit 1.869,-€ monatlicher Nettolohnmedian pro Person weit hinter der Schweiz, hinter Österreich, hinter Dänemark und Luxemburg liegt und der Trend wegen zu geringer Lohnsteigerungen weiter abwärts geht.

Wir sind ein Niedriglohnland mit seit Jahren sinkender Kaufkraft geworden. In der Folge sieht die Industrie seit vielen Jahren ihre Expansionsmöglichkeit im Export mit noch größerem Druck auf die Löhne und Gehälter.

Es gibt also zum Thema Wirtschaft und Finanzen viel Kritisches zu diskutieren, wenn wir uns dafür einsetzen, diesen Trend des „Lohnverzichts“ für die Mehrheit der Menschen in der Bundesrepublik endlich umzukehren.

Wir haben am 07.08.2021 die Diskussion in den folgenden vier Teilen geführt:

- Sind höhere Löhne und Gehälter gut oder schädlich für die Binnenwirtschaft;
- Wie tragen höhere Steuern zur Staatsfinanzierung bei;
- Was ist Geld und was bedeutet die Nutzung des heutigen modernen Geldes zur Finanzierung des Staates;
- Brauchen wir wirklich stetiges Wachstum bei ständig steigender Arbeitsproduktivität.

Im Ergebnis haben wir die folgenden Hauptpunkte erarbeitet:

Steigende Löhne und Gehälter sichern Kaufkraft des Binnenmarktes, stärken die Nachfrage und ermöglichen sichere Arbeitsplätze. Sie verringern allerdings der höheren Lohnkosten wegen die Exportchancen der heimischen Industrie. Das ist aber zunächst nicht schlimm, denn die Industrie der Bundesrepublik exportiert viel mehr, als in den EU-Verträgen festgelegt ist. Die steigenden Lohnkosten erhöhen den Druck zur Rationalisierung und damit auch zur Erhöhung der Produktivität und zu weiteren Investitionen, die in den letzten Jahren immer mehr stagnierten.

**DIE LÖHNE
IN DER
BUNDESREPUBLIK
MÜSSEN RAUF!**

Die volkswirtschaftlich neutrale Erhöhung der Einkommen wird in entwickelten Volkswirtschaften mit der Goldenen Lohnregel (Rate der Lohnerhöhungen = Rate des Produktivitätszuwachses plus angestrebte Zielinflationsrate) bestimmt. Beim Vergleich der nominellen Werte zu den tatsächlichen Werten im Zeitraum 2000 bis 2012 hätte die nominelle Lohnsteigerung nach der goldenen Lohnregel durchschnittlich 40,6% betragen müssen. Sie betrug tatsächlich aber nur 26,3%. Wir haben damit heute bereits ein Lohn-Defizit von ca. 15% bezogen auf unser Leistungsvermögen.

Besondere Verantwortung zur Verbesserung der nationalen Lohnentwicklung hat der staatliche Produktionssektor, beginnend mit einem vertretbaren ALG II (Hartz 4) von 1.200,-€ und einem wirklich tragfähigen Mindestlohn von 1.900,-€.

Wir setzen uns dafür ein, die Steuern für Geringverdiener (alle unter dem Nettolohnmedian) zu senken und für Großverdiener angemessen zu erhöhen. Der Steuerfreibetrag sollte mit Bezug auf die kleineren Bezüge und Renten auf 1.200,-€ angehoben werden, sowie die Besteuerung mit einem Einstiegssteuersatz von 7% beginnen. Um die mittleren Einkommen zu entlasten und den sogenannten „Mittelstandsbauch“ abzubauen, wäre eine langsam ansteigende Steuerprogression notwendig.

Soll sich die „Umverteilung“ über die Einkommens- bzw. Lohnsteuer nicht von einer progressiven in eine regressive verwandeln, ist eine neue Aufteilung der Sozialabgaben zwischen Arbeitgeber und

Arbeitnehmer einzufordern. Mit der Aufhebung der Deckelung höherer Einkommen bei den Sozialabgaben würde die ungerechte Entlohnung innerhalb der Arbeitnehmer*innen gestoppt werden. Eine Senkung oder Abschaffung der Mehrwertsteuer und die Einführung einer „Luxussteuer“ würde die unteren und mittleren Einkommen zusätzlich entlasten.

Das Wissen, dass Steuern nicht die Schere zwischen Arm und Reich schließen, sondern hohe Steuern für „Besserverdiener“ diesen nur Kaufkraft entzieht und ihren über ihr angewachsenes Vermögen bestehenden Machteinfluss auf die Wirtschaft reduziert, lässt uns langfristig über die Einführung einer Reichensteuer und die Erhöhung der Erbschaftssteuer nachdenken.

Als aufgeklärte Mitglieder unserer Gesellschaft wissen wir, dass unser Geld von den staatlichen Zentralbanken souveräner Staaten erzeugt wird, um den Wirtschaftskreislauf im Gang zu halten und die Volkswirtschaft allseitig zu entwickeln und dass der Wert dieses Geldes von dem damit erzeugten BIP (Bruttoinlandsprodukt) besichert ist. Die Staatsausgaben sollen in einer fortschrittlichen Volkswirtschaft alle Ausgaben sichern, die der Entwicklung der Gesellschaft, wie Ökologie, Wissenschaft, Bildung, Gesundheitssystem, Innovationsförderung, der Sicherung und dem Ausbau der Infrastruktur und der Sicherung vor Armut und Elend dienen. Wir fordern die linken fortschrittlichen Parteien auf, auf demokratischem Weg dafür Sorge zu tragen, dass endlich genügend Geld zur Sicherung dieser Ausgaben zur Verfügung steht.

Wir wissen, dass die notwendigen Staatsausgaben nicht gedeckelt sind durch die Steuereinnahmen und dass höhere Staatsausgaben bei entsprechender BIP-Deckung dann eben keine später zurück zu zahlenden Staatsschulden sind. Ein solventer Staat kann sich in seiner Währung nicht verschulden und erst recht nicht überschulden! Der so oft bemühte und so einfach klingende Vergleich, die Staatsausgaben mit den privaten Haushaltsausgaben der „schwäbischen Hausfrau“ gleichzusetzen, ist eine plumpe neoliberale Fälschung, denn der Staat erzeugt das Geld als sein Rechtsmittel im Geldkreislauf 1 quasi unbegrenzt. Wir privaten Nutzer des Geldes im Geldkreislauf 2 dagegen können uns, wie die schwäbische Hausfrau sehr wohl verschulden. Wir fordern deshalb die linken fortschrittlichen Parteien auf, auf demokratischem Weg dafür Sorge zu tragen, dass endlich Schluss gemacht wird mit der einschränkenden neoliberalen „Schwarzen-Null-Forderung“ und der Behinderung von dringend erforderlichen Staatsausgaben.

Unter der neoliberalen Zwangsjacke hat sich die Bundesrepublik Deutschland in den letzten 30 Jahren wirtschaftlich nicht mehr weiterentwickelt und fällt im Vergleich mit anderen Volkswirtschaften, wie die der Schweiz, von China, von Südkorea und auch gegenwärtig wie die der USA zurück.

**WIR WOLLEN
BROT, ABER
WIR WOLLEN
ROSEN DAZU!**

Das zeigen deutlich die Parameter, wie die Höhe der geleisteten Arbeitsstunden, das BIP (Bruttoinlandsprodukt) pro Bewohner, die Arbeitsproduktivität und damit die Höhe von Einkommen und Rente. Überall entwickeln sich die Volkswirtschaften der Länder weiter und die Wissenschaft spielt dabei eine immer größere Rolle.

Wir sehen in einem ökonomischen, ökologischen und kulturellen Transformationsprozess nicht nur die Chance der „Klimakrise“ zu begegnen, sondern dass auch die Volkswirtschaft der Bundesrepublik wieder mit vom Staat finanzierten wissenschaftlichen Forschungen und Ergebnissen Erfolge in den hierfür notwendigen Wirtschaftszweigen aufzeigen würde. Hierfür sollten die politischen Rahmenbedingungen neu und radikal gesetzt werden. Staatliche Hilfen müssen viel stärker als bisher an das Verhalten in Bezug auf Klima und Umwelt geknüpft sein. Maßstäbe und Kriterien wie die Menschenwürde, Solidarität und demokratische Prinzipien wie Mitbestimmung und Beteiligung an produziertem Mehrwert sind hierbei unverhandelbar.

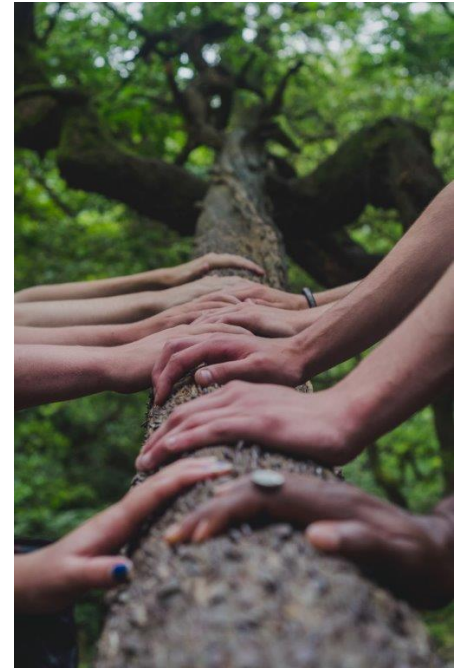
Wir wollen, dass die fortschrittlichen linken Parteien demokratisch dafür sorgen, dass wir als Gesellschaft einer ökologischen und makroökonomischen Katastrophe entgehen. Um allen Bürgern – den alten und den jungen – eine sichere Perspektive für die Zukunft zu sichern, braucht es sozial-ökologische Transformationsstrategien, die unsere Sozial- und Finanzsysteme aufrechterhalten.

Arbeit & Soziales

Hartz IV verstößt gegen die Menschenwürde und entbehrt jedweder Grundlage eines gesunden Lebens. Darum fordern wir...

Kurzfristiger Reformansatz:

- Umbenennung in Grundabsicherung.
- Regelsätze gemäß repräsentativem Warenkorb anheben (Kosten für Internet, Strom, Telefon etc. inkludieren).
- Regelsätze jährlich anpassen gemäß Preisentwicklung.
- Sanktionen abschaffen, da ein Existenzminimum nicht unterschritten werden darf.
- Anrechnungsfreie Hinzuverdienste erhöhen.
- Schonvermögen erhöhen.
- Wohnkosten realistisch abbilden gemäß Mietenspiegel.



Mittel- bis langfristiger Reformansatz:

- Einführung eines Grundeinkommens.
- Keine Antragstellung beim Amt mehr nötig.
- Keine Bedürftigkeitsprüfung mehr.
- Automatische Auszahlung.
- Höhe gemäß Empfehlung Wohlfahrtsverbände.
- Das Grundeinkommen ist Steuer finanziert. Höhere Einkommen sollen stärker besteuert werden.

Anmerkungen/Vorteile eines Grundeinkommens:

- Ziel: Existenzsicherung + soziale Teilhabe, Rechtsanspruch darauf, keine Bedürftigkeitsprüfung, keine staatlichen Zwänge.
- Der entstehende Freiraum schafft Entfaltungspotentiale.
- Monetäre Wertschätzung jedweder gesellschaftlichen Leistung (Erziehung, häusliche Pflege etc.).

**Themenraum „Gesellschaft & Soziales“/Alternative Soziale Sicherungssysteme www.aufstehen.de
Kontakt bei Anregungen, Fragen und Interesse: Frank Hofer, Hof.hamburg@web.de**

Armut

Die Armut in Deutschland signalisiert, dass die Regierung eine **armutspolitische Verweigerungshaltung eingenommen hat**. Die unteren 70% sind davon betroffen → Kinder, Arbeitnehmer und Rentner. Wir stoßen auf ein soziales Sicherungssystem, das bereits vor Corona nicht vor Armut schützte. **Jedes vierte Kind ist von Armut bedroht, das sind 2,8 Millionen Kinder.**

- 24 Prozent der Kinder haben keinen internetfähigen PC im Haushalt
- 13 Prozent keinen ruhigen Platz zum Lernen
- Fast die Hälfte der Kinder wohnt in einer Wohnung, in der nicht ausreichend Zimmer zur Verfügung stehen
- Wer in Deutschland arm ist, hat weniger als 917 Euro im Monat. So hoch ist derzeit die so genannte Armutsgefährdungsschwelle.
- Bei einer Vollzeittätigkeit wäre ein Lohn von 13 bis 14 Euro in der Stunde notwendig, damit man am Ende des Lebens über den Grundsicherungssatz von aktuell 399 Euro kommt.

Forderungen:

- Grundsicherung für Kinder in prekären Situationen
- Grundsicherung für Rentner erhöhen
- Hartz IV abschaffen bzw. Regelsatz 644€, Sanktionsfrei
- Grundeinkommen für armutsgefährdete Personen min. 1.200€
- Mindestlohn 20,11€ = entspricht Altersrente netto ca. 1.100€
- Rentensystem erneuern
- Reform von Arbeitslosen- und Rentenversicherung
- Rentenfaktor anheben
- Bürgergeld
- Progressionsvorbehalt für Kurzarbeit streichen

mögliche Lösungen:

- Rüstungsausgaben reduzieren
- Einen gestaffelten Spitzensteuersatz einführen für hohe Einkommen
- Vermögenssteuer wieder einführen

Rente

Unser derzeitiges Rentensystem verursacht Altersarmut in unvorstellbaren Dimensionen. Wer 35 Jahre auf dem Niveau von 40 % des Durchschnittslohns (0,4 Entgeltpunkte pro Jahr) voll gearbeitet bekommt eine Nettorente von **426,01€**. 40% des Durchschnittslohns entsprechen in 2021 monatlich 1348,70€ Brutto. Dies ergibt sich daraus, dass Deutschland einen viel zu niedrigen Mindestlohn hat.

Wir fordern:

- Verbeitragung aller Einkommen
- Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze
- Freiwillige Zusatzbeiträge in Phasen mit hohem Einkommen (ähnlich Rückkauf von Rentenabschlägen)
- Rentensystem erneuern
- Reform von Arbeitslosen- und Rentenversicherung
- Rentenfaktor anheben
- Lohnsteigerung

Die IG Metall fordert:

- Zeiten mit Geringverdienst müssen unbegrenzt um das 1,5-fache und höchstens auf 75 Prozent des Durchschnittseinkommens aufgewertet werden.
- wieder Beiträge für Langzeitarbeitslose in die Rentenkasse zu entrichten und Ausfallzeiten z.B. für Kindererziehung stärker zu berücksichtigen.
- die Grundsicherung anzuheben und einen Freibetrag für Alterseinkünfte aus gesetzlicher Rente und Betriebsrenten bei der Einkommensanrechnung einzuführen.
- den Kampf gegen Altersarmut systemgerecht aus Steuermitteln zu finanzieren.
- Umwandlung der gesetzlichen Rente in eine **solidarische Erwerbstätigenversicherung**, in der auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Parlamentarier pflichtversichert sind. (Quelle IG Metall)

Für eine öffentliche Daseinsvorsorge in allen lebenswichtigen Lebensbereichen!

Gesundheitswesen kaputtgespart! Keinen bezahlbaren Wohnraum in großen Städten! Ausdünnung der Nahverkehrsversorgung und Verkehrschaos in den Städten, Schulen miserabel ausgestattet! In allen lebenswichtigen Bereichen gibt es schlecht bezahlte Beschäftigte und einen verheerenden Personalmangel!

Die Folgen:

Die Folgen zeigen, wohin diese Wirtschaftspolitik geführt hat. Die Einkommen in vielen systemrelevanten Bereichen reichen kaum zum Leben, Wohnungen können sich immer weniger Menschen leisten, die Arbeit ist aufgrund von Personalmangel (Lücke von 1 Millionen Arbeitskräften in öffentlichen Versorgungsbereichen) unerträglich. Die Versorgung ist in vielen Bereichen nicht mehr gewährleistet, Einkommensunterschiede führen zu erheblichen Benachteiligungen beim Zugang zu öffentlichen Leistungen, Preisschilder für jede Leistung pflegerischer Fürsorge (U.Schneider PARI) verkehren den Sinn bedarfsgerechter Versorgung in sein Gegenteil.

Durch **Corona** unübersehbar deutlich:

Waren die Umstände öffentlicher Versorgung schon im Normalbetrieb vor der Coronakrise kaputtgespart, so offenbarte die Pandemie die maroden Zustände in diesem Jahr aufs schärfste, durch schlechte Ausstattung, Personalmangel und Überlastung, durch gestiegene Anforderungen vor allem im Gesundheitswesen und in der Pflege zeigten sich die mangelnde Kapazitäten zur Bewältigung von Krisen.

Ursachen:

Inzwischen wird immer deutlicher: Der Markt kann es nicht richten! Mit der Privatisierung steht das Profitstreben als Triebfeder im Mittelpunkt, an dem sich die Unternehmenspolitik orientiert. Konkurrenzdruck am Markt, betriebswirtschaftliche Ausrichtung sowie Kostendruck in den Unternehmen und Gewinnabführung an die Anteilseigner stehen im krassen Widerspruch zu der bedarfsorientierten und dem Gemeinwohl verpflichteten Versorgung der Gesellschaft mit lebensnotwendigen Leistungen. Die Zuspitzung der Krise hat gezeigt, in wesentlichen, „systemrelevanten“ Bereichen funktioniert der Markt nicht zum Wohl der Allgemeinheit. Wir brauchen ein anderes Wirtschaften! Alle Bereiche der Grundversorgung müssen daher dem Markt entzogen und öffentlicher Daseinsvorsorge zugeführt werden, sie müssen sich an dem Bedarf orientieren und nicht an Kostengesichtspunkten!

Die öffentliche Daseinsvorsorge als Antwort auf das Scheitern des Marktes bei der Versorgung der Menschen mit lebensnotwendiger Grundversorgung erfährt immer mehr Sympathie. Kann sie die Alternative gescheiterter Privatisierung durch eine neoliberale Wirtschaftsweise sein, die den Profit als Motor für allgemeinen Wohlstand propagiert und nach 30 Jahren von Marktradikalität ein marodes Gesundheitssystem, einen aus den Fugen geratenen Wohnungsmarkt und das Versagen bedarfsgerechter Mobilität geschaffen hat.

Merkmale einer öffentlichen Daseinsversorgung

- Die Versorgungsbereiche sind dem Markt entzogen und nicht der globalen Konkurrenz unterworfen
- Es gibt kein Privateigentum, alles ist im Eigentum der öffentlichen Hand
- Keine Profitorientierung, keine Gewinnentnahme, keine Kostensenkungen zugunsten einer Gewinnerzielungsabsicht, sondern dem gemeinwohlorientierten Nutzen und der bedarfsgerechten Versorgung aller Menschen verpflichtet
- Ablösung der Betriebswirtschaftslehre als grundlegendes Prinzip und Einführung einer anderen, gesellschaftlichen Buchführung
- Rekommunalisierung von privatisierten Bereichen

Soziale Infrastruktur

Rücknahme der Privatisierung und am gemeinwohlorientierte öffentliche Daseinsvorsorge heißt nicht, zurück zum bisherigen Sozialstaat! Die gesellschaftlichen Verhältnisse haben sich verändert und die Erfahrungen mit diesem sog. Sozialstaat führen dazu, sowohl ein anderes Wirtschaften als auch eine

andere soziale Infrastruktur anzustreben. „Soziale Infrastrukturen zielen darauf, weite Teile der Daseinsvorsorge dem Markt (wieder) zu entziehen und unter öffentliche Kontrolle zu stellen.“

Gleichzeitig ermöglicht ein kollektives Interesse an sozialen Dienstleistungen die Überwindung vieler Spaltungslinien zwischen den unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen, weil ja alle gemeinsam einen freien – möglichst auch kostenfreien Zugang zu den öffentlichen Leistungen haben. Dabei gilt es auch „neue Formen der Beteiligung und Selbstverwaltung zu entwickeln“ und die Strukturen umfassend zu demokratisieren.

Finanzierung

Der gesellschaftliche Reichtum ist derzeit in der Hand Weniger (1% der Menschheit gehören 45% des Reichtums). Dieser Reichtum ist nicht tabu! Er Reichtum muss für die öffentliche Daseinsvorsorge zur Verfügung stehen! Im Mittelpunkt muss eine bedarfsgerechte Finanzierung stehen, die Versorgung aller

lebenswichtigen Grundbedürfnisse und nicht eine maximale Gewinnentnahme von Anleger. Statt weltweit marodierendem Kapital lukrative Geldanlagen wie die Privatisierung von Gesundheitswesen oder ein Netz von Autobahnen zu verschaffen, muss der Staat sich am Gemeinwohl orientieren.

Autor Hans-Jürgen Pieper, AG WiSo und Themenraum Daseinsvorsorge

Bezahlbarer Wohnraum für alle!

Wohnen wird immer unerschwinglicher! Preissteigerungen von über 100% in den letzten 10 Jahren und ein Anteil von 30% teilweise bis zu 50% am Haushaltseinkommen können sich in Ballungszentren immer weniger Menschen leisten und ihnen droht die Verdrängung aus den Städten. Auf der anderen Seite werden Wohnungen im großen Stil zu Spekulation und Gewinnmaximierung missbraucht! Ohne Eingriffe in die Verfügungsspielräume großer privater Investoren zum Schutz von Mieterinteressen wird es nicht gehen: Wir brauchen deshalb

Bundesweiten Mietendeckel!
Vergesellschaftung großer Wohnkonzerne!
Wohnungsneubau-Offensive der öffentlichen Hände!
Ende von Spekulation und Leerstand!

Mieterschutz

Wir unterstützen alle Forderungen zum Mieterschutz! Einen Mietenstopp hat es bundesweit bis 1955 gegeben, Mietpreisbegrenzungen in Berlin bis 1988. Sie sind im deutschen Rechtssystem also nichts Neues. Daher:

- **Bundesweiter Mietendeckel ohne Schlupflöcher**
- **Verbot spekulativer Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen**
- **Begrenzung von Grundsteuer-, Modernisierungs- und CO2-Preis-Umlagen auf die Mieter**

Daseinsvorsorge

Die Privatisierung großer Wohnungsbestände hat nicht zur Versorgung mit ausreichendem bezahlbarem Wohnraum beigetragen – besonders nicht für die ärmeren Teile der Bevölkerung. Die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen wurde bundesweit 1989 abgeschafft. Wohnkonzerne konnten ungehindert Profite

erwirtschaften. Diese Entwicklung muss umgekehrt werden. In Wien hält die Kommune einen Marktanteil von 60%, in Berlin lediglich bei 30%. Das macht dort bezahlbare Mieten möglich! Daher:

- **Vergesellschaftung großer Wohnkonzerne und Übernahme in demokratische Verwaltung**
- **Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen**

Wohnungsneubau

Um die Wohnungsnot zu beseitigen, braucht es den Neubau bezahlbarer Wohnungen. Große Teile derzeitigen Neubaus vor allem in den großen Städten sind für viele Menschen nicht finanzierbar.

Deshalb brauchen wir den Einsatz öffentlicher Mittel für einen kommunalen Wohnungsneubau, der sich am Bedarf vieler orientiert und den Preisdruck durch den Mangel an Wohnraum begrenzt. Daher:

- **Kommunaler Wohnungsneubau**
- **Sozialer Wohnungsbau mit nachhaltiger Mietpreisbindung**

Ende von Spekulation und Leerstand

Der gegenwärtig enthemmte Wohnungsmarkt erlaubt Eignern leistungslose Einkommen zum Schaden der Allgemeinheit und fördert Leerstände aus spekulativen Gründen. Um dies zu unterbinden, braucht es geeignete gesetzliche Regelungen! Daher:

- **Vermietungspflicht zur Abwehr von Wohnungsleerständen und Bebauungsgebot**
- **Pflicht der öffentlichen Hand, ihr Vorkaufsrecht der öffentlichen Hand an Grund und Boden zu nutzen**

Für eine andere Wohnungspolitik!

Vorschlag des Themenraumes "Gesellschaft & Soziales" UG Daseinsvorsorge

Alle Artikel stehen hier zum Download bereit: <https://aufstehen-basis.de/downloads/>